

# Frauenpolitik ohne Bewegung - wohin bewegt sich die Frauenpolitik?

**PD Dr. Birgit Riegraf**

## **Entwicklungslinien und Tendenzen der Frauenbewegung und –politik**

Die Geschichte der Institutionalisierung der Frauenbewegung seit den 1970er Jahren kann als Erfolgsgeschichte erzählt werden: Frauenpolitische Themen, wie Gewalt gegen Frauen in Familie und Ehe oder gleicher Lohn für gleiche Arbeit finden sich in den Programmen von Parteien und Gewerkschaften wieder und werden in der politischen Sphäre verhandelt. Die Themen der Frauen- und Gleichstellungspolitik sind in der Gesellschaft angekommen. Aber es kursiert auch eine andere Version der Institutionalisierungsgeschichte, die davon erzählt, dass die kämpferische Kraft der Frauenbewegung an ihren eigenen Erfolgen erkrankt ist. Die Institutionalisierungserfolge führen zur weiteren Integration von Themen und Personen in Parteien und Verwaltungen und zum Verlust an kämpferischer Kraft. Erfolge in Politik und Verwaltung gehen über die Anerkennung und die strategische Nutzung der Rationalitäten des politischen Feldes: D.h. vorgegebene politische Strategien, parteipolitische Verfahren und bürokratische Regelungen werden immer häufiger unhinterfragt akzeptiert. Gleichstellungspolitische Themen werden nicht mehr über Aktionen medienwirksam skandalisiert, was ein Charakteristikum der Frauenbewegung der 1970er Jahre war, sondern werden in parteipolitischen und bürokratischen Verfahren „gezähmt“. Aus Aktivistinnen werden professionelle Politikerinnen, die (partei)politische Zwänge und Strategien anerkennen und in ihrer beruflichen Laufbahn zunehmend von Parteizwängen abhängig sind.

### **1. Ein Blick zurück**

In den 1970er Jahren orientierte sich die Frauenbewegung in Westdeutschland an basisdemokratischen Vorstellungen. In Ostdeutschland zeigt sich eine andere Entwicklung. Dort wird von Anfang an stärker auf Institutionen, wie die Kirche gesetzt. Eine frauenspezifische Öffentlichkeit entwickelte sich in dieser Zeit: In Westdeutschland entstanden autonome Frauenzentren, Frauenkulturinitiativen, Frauenbuchläden, Frauenverlage, Frauencafés und -kneipen. Sie bildeten Orte, an denen ein zum Teil sehr persönlicher Austausch nur zwischen Frauen stattfand. Scheinbar individuelle Erfahrungen, wie Gewalt in der Familie oder Isolations- und Missachtungserfahrungen von Hausfrauen wurden als gesellschaftsstrukturell erkennbar und öffentlich gemacht. Zeitschriften, wie die Courage und die Emma wurden gegründet. Die erste Frauenrockband „Flying Lesbians“ entstand. Die Beziehung zwischen den Geschlechtern, auch innerhalb der linken Szene, wurde radikal in Frage gestellt. Gemäß des Selbstverständnisses als autonome Frauenbewegung wandten sich die Akteurinnen gegen etablierte Partei- und Politikstrategien, deren Strukturen als männlich vermachtet und verkrustet verpönt waren. Die Aktivistinnen wehrten sich gegen herkömmliche Rechts- und Gerechtigkeitsvorstellungen. Diese galten als an männlichen Vorstellungen und Lebenswelten orientiert und stellten vorherrschende staatliche Regulierungen in Frage.

Die herrschenden Standards von Politik, Recht und Gerechtigkeit sowie staatlich-bürokratische Verfahren wurden über autonome Politikstrategien und den gezielten Rechtsbruch teilweise recht medienwirksam skandalisiert und auch verändert. Einige Beispiele: Die Beschäftigten in den ersten Frauenhäusern weigerten sich die betroffenen Frauen nach den geltenden bürokratischen Richtlinien als Sozialhilfefälle einzustufen. Sie beharrten darauf, die gewalttätigen Ehemänner über rechtliche Regelungen zu stigmatisieren - auf diesem Wege sollte eine Umorientierung der Rechtsperspektive auf weibliche Lebenszusammenhänge hin erreicht werden. Die Diskussion um den §218 und die u.a. von Alice Schwarzer initiierte Selbst-

# Frauenpolitik ohne Bewegung - wohin bewegt sich die Frauenpolitik?

Anzeigenkampagne in der Zeitschrift Stern mit dem Titel „Ich habe abgetrieben“ sowie die Debatte zur Gewalt gegen Frauen geben Zeugnis von dieser Form außerparlamentarischer Opposition.

Im Laufe der Jahre wandelten sich die Strategien der Frauenbewegung zugunsten einer steigenden Aufmerksamkeit gegenüber „dem Staat“ als möglichem Koalitionspartner und parteipolitischen Durchsetzungsstrategien bei der Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit. Mitte der 1980er Jahre begab sich ein Teil der Frauenbewegung mit einigem Erfolg auf einen frauenpolitischen „Marsch durch die Institutionen“. In diesem Prozess waren die Grünen sehr wichtig: An der Gründung der Partei 1980 waren zahlreiche Frauengruppen beteiligt. Allmählich kam es zu einer „Verstaatlichung der Frauenfrage“, was dazu führte, dass „mit dem Staat“ Politik gegen „den Staat“ gemacht wurde und wird. Institutionelle Strategien für eine gleichberechtigte Teilnahme in allen gesellschaftlichen Bereichen begannen gegenüber autonomen, basisdemokratischen, nur von Frauen getragenen Formen politischer Organisationen erkennbar zuzunehmen. Parallel dazu zerbrach allmählich aber auch die geteilte frauenspezifische und streitbare Öffentlichkeit jenseits der Institutionen. In den 1980er Jahre wurde die Zeitschrift Courage eingestellt.

## **2. Erfolge führen zur weiteren Institutionalisierung der Frauenbewegung**

In den 1990er Jahre entstanden in der Republik flächendeckend Landes- und Bundesgesetze; Frauenförderpläne werden in öffentlichen Einrichtungen entwickelt und Gleichstellungsstellen aufgebaut. Sie entfalten ihre Wirkung in den Kommunen und in unzähligen Organisationen, wie in einigen großen Unternehmen oder an den Universitäten; in den Parteien, wie bei den Grünen wurden Frauenquoten und –quoten diskutiert und teilweise umgesetzt. Im Zuge der allmählichen Integration der Gleichstellungspolitik in die parteipolitische Sphäre und in den bürokratischen Apparat entstanden vielfältige Ansprüche und Anforderungen an politische Strategien, Verfahrens-Routinen und Verfahrens-Regeln. Nicht mehr Flugblattaktionen oder Rechtsbruch, sondern durch die konkrete Arbeitssituation erzwungene Alltagsanforderungen und -routinen bei gleichzeitig begrenzten Interventionsmöglichkeiten bestimmten die Arbeit der sich nun etablierenden Frauenbewegung. Oder zugespitzt formuliert: Nicht mehr die Aktivistinnen und nicht mehr öffentliche Skandalisierungen, sondern professionelle Politikerinnen und parteipolitische Strategien oder die Gleichstellungsbeauftragten und bürokratische Verfahren bestimmten die Gleichstellungspolitik. Gestaltungsmacht wird zunehmend der Mitsprachemöglichkeit „vor Ort“ entzogen. Die Rede ist von einer Verbürokratisierung des Feminismus; die dort Beschäftigten werden „femokrats“ genannt. Die erfolgreiche Institutionalisierung der Frauenbewegung bedeutet auch herkömmliche Politikstrategien anzuerkennen, eine wachsende Routinisierung und Verbürokratisierung der Geschlechterpolitik. Parteiloyalität und das Alltagsgeschäft in der Politik drohen radikale Forderungen einzuebnen.

## **3. Thesen zur Diskussion:**

Der holzschnittartige Rückblick zeigt, dass sich Frauenpolitik verändert hat: Von der Autonomie zur Anerkennung parteipolitischer Strategien – und das ist gut so: Die Zeiten haben sich verändert. Erfolge wurden erzielt, was sich an der öffentlichen Debatte z.B. zum Thema häusliche Gewalt nachvollziehen lässt. Ein romantisierender Blick zurück ist fehl am Platz.



# Frauenpolitik ohne Bewegung - wohin bewegt sich die Frauenpolitik?

Aber: Grüne Frauen- und Geschlechterpolitik darf auch nicht in den politischen Umsetzungsprozessen und in den Alltagsmühen „umkommen“ und damit an die zweite Version der Institutionalisierungsgeschichte anknüpfen. Die erfolgreiche Institutionalisierung der Frauenbewegung bei den Bündnis 90/ Die Grünen bedeutet auch die Gefahr an kämpferischer Kraft sowohl gegenüber den Parteifreunden als auch gegenüber den Themen und Forderungen einzubüßen: Es ist mühselig einmal gewonnene Terrains gegenüber den Parteifreunden immer wieder zu verteidigen, die das Thema nicht wichtig finden und selbst parteipolitische Karrieren auch auf Kosten der Konkurrentin anstreben. Ermüdungserscheinungen treten auch deshalb ein, weil eine politische Bewegung, auf die sich die Politik der Bündnis 90/ Die Grünen stützen kann, nicht mehr so eindeutig erkennbar ist.

Die Inhalte der Politik, die politischen Strategien, aber auch die „politischen Subjekte“ auf die sich die Partei bezog und bezieht (Frauenbewegung) haben sich entwickelt. Auf welche Bewegung kann und will sich die Politik der Grünen stützen? Wer sind eigentlich noch die Subjekte der Bewegungen? Was verbindet die Lesbe, die sich in der Subkultur der Großstadt bewegt, mit der Frau, die nach der Kinderpause wieder den beruflichen Einstieg sucht? Was verbindet die Migrantin mit der Akademikerin der Mittelschicht, die ihre eigene Berufstätigkeit wiederum nur mit Hilfe der Migrantin absichern kann, die auf Abruf Kinder und Haushalt versorgt? Und: Warum sollten sich beide ausgerechnet unter dem Dach der Politik der Grünen Partei finden? Das „wir“ der Frauenbewegung, die gemeinsamen Interessen von Frauen sind abhanden gekommen - oder zumindest nicht mehr leicht zu identifizieren (vermutlich hat es die gemeinsamen Interessen in dieser Klarheit nie gegeben). Ein endlose Liste von Unvereinbarkeiten ließe sich finden. Neue Selbstverständigungsprozesse über die Basis Grüner Frauen- und Geschlechterpolitik sind nötig. Welche politische Forderungen können im Namen von Frauen noch - oder vielleicht eher im Namen der Geschlechterpolitik - gestellt werden, ohne zugleich Gruppen auszugrenzen, also lediglich im Namen bestimmter Gruppen (wie z. B. den weißen Mittelstandsakademikerinnen, die geschult und in der Lage sind ihre Interessen durchzusetzen) zu sprechen? „Austauschorte“ jenseits der Parteiöffentlichkeit zu finden, an denen sich gesellschaftliche Gruppen treffen und diskutierten sind deshalb zentral.

Eine attraktive und sichtbare Vision einer geschlechtergerechten Gesellschaft - jenseits sozialdemokratischer und christdemokratischer Entwürfe - muss über Forderungen nach Chancengleichheit, also gleicher Beteiligung an Führungspositionen, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, etc. hinausgehen. Diese richtigen und wichtigen Forderungen gehen in sozial- und christdemokratischen Politiken auf. Gestaltungsrelevante Vorstellungen jenseits der Forderung nach Chancengleichheit sind zentral und angesichts von umfassenden Entwicklungen, wie Sozialstaatsabbau, Globalisierung, etc. dringend angesagt.

Die grüne Frauen- und Geschlechterpolitik ist zu vorsichtig geworden: Feminismus ist ein Begriff, den die CDU (und nicht die Grünen) gegenwärtig wieder hoffähig macht. Angesichts einer CDU-Kanzlerin und der Aussage von Ursula von der Leyen, dass „Konservativer Feminismus“ eine spannende Wortprägung sei, aber auch angesichts anstehender gesellschaftlicher Veränderungen, wie dem massiven und grundlegenden Umbau des Sozialstaates (Stichworte: sinkende Lohnquote; Armut, etc.) (in dem politische Errungenschaften im Geschlechterverhältnis bedroht sind und das Geschlechterverhältnis neu gestaltet wird) wird es schwieriger, aber zugleich umso wichtiger ein unverkennbares, kämpferisches und zukunftsorientiertes Profil einer Frauen- und Geschlechterpolitik der Grünen zu entwickeln, offensiv darzustellen und zu vertreten. Aussagen, wie „Die Union hat eine Kanzlerin, aber eine rückwärtsgewandte Frauenpolitik“ allein reichen nicht aus. Was genau zeichnet einen „grünen Feminismus“ aus? Was genau macht ihn unverkennbar und „sexy“? Die Antwort bleibt



# Frauenpolitik ohne Bewegung - wohin bewegt sich die Frauenpolitik?

gegenwärtig (noch?) offen. Auch dazu ist eine neue Selbstverständigungsdebatte nötig, die über die eigene Teilöffentlichkeit hinausgeht.

Eine gesamt-feministische Perspektive umfasst u.a.: Für jedes Politikfeld frauenpolitische, geschlechtersensible Bedeutungen und Perspektiven erarbeiten und darstellen. Also themenbezogen Auswirkungen auf die Geschlechter zu erarbeiten. Was hat Klimapolitik mit Geschlecht zu tun? Was hat Sicherheitspolitik mit Geschlecht zu tun? Aber auch: Die gesamtgesellschaftliche Bedeutung der Frauen- und Geschlechterperspektive deutlich hervorheben und eine neue geschlechtergerechte Gesellschaftsvision zu erarbeiten.

## Literaturhinweise:

Holland-Cunz, Barbara, Die alte neue Frauenfrage, Frankfurt a. Main, 2003

Gerhard, Ute, Atempause. Feminismus als demokratisches Projekt, Frankfurt a. Main, 1999

Gerhard, Ute, Unerhört. Die Geschichte der deutschen Frauenbewegung, Reinbek, 1990

## Kontaktadresse

PD Dr. Birgit Riegraf  
Universität Bielefeld  
Fakultät für Soziologie  
Postfach 100131  
33501 Bielefeld  
E-Mail: [birgit.riegraf@uni-bielefeld.de](mailto:birgit.riegraf@uni-bielefeld.de)

